

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 23.

Postgenossenschaft der Anzeiger für das Erzgebirge. Postamt Leipzig. Postfach-Nr. 1000.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 224

Freitag, den 23. September 1932

27. Jahrgang

# Ubrüstungsdebatte ohne Deutschland

## Gedrückte Stimmung

Genf, 21. September. Präsident Henderson eröffnete die Tagung des Bureau der Abrüstungskonferenz mit einer kurzen Ansprache, in der er erklärte, die Abrüstungskonferenz sei jetzt an ihrem kritischsten Punkte angelangt. Es handele sich jetzt darum, ob man zu einer wirksamen und ernsthaften Herabsetzung der Rüstungen oder zu einem neuen Rüstungswettlauf gelange. Hauptaufgabe des Bureau sei die Vorbereitung des zweiten Tagungsabschnitts der Konferenz, der, wie er bestimmt hoffe, eine Reihe konkreter Abrüstungsmaßnahmen zeitigen werde.

Die Rede Hendersons wurde von der Versammlung schweigend entgegengenommen. Sodann legte der Präsident das Schreiben des deutschen Außenministers und die Antwort des Konferenzpräsidenten vor. Beide Schreiben wurden im Wortlaut verlesen. Mit dem Vorschlag Hendersons, über die Mitteilung der deutschen Regierung vorläufig in keine Diskussion einzutreten, für den Fall, daß die deutsche Regierung den Wunsch habe, auf seine Vorschläge zu antworten, erklärte sich das Bureau einverstanden. Die Sitzung wurde auf heute nachmittags vertagt.

Genf, 21. September. In der Nachmittags-Sitzung des Bureau der Abrüstungskonferenz wandte sich die Diskussion der Durchführung der Entschlüsse des Hauptauschusses der Konferenz vom 23. Juli zu. Der russische Volkskommissar Litwinow erklärte, man habe die Umnäherung des Bestimmungs- und der Entschlüsse, die die erste Konferenzperiode gekennzeichnet habe, noch nicht vergessen. Auch Henderson habe zugehen müssen, daß die bisherigen Ergebnisse der Konferenz recht spärlich seien. Man müsse jetzt endlich zu einer quantitativen Herabsetzung der Rüstungen kommen. Die qualitative Abrüstung, mit der sich die Konferenz bis jetzt ausschließlich beschäftigt habe, genüge allein nicht. Der russische Delegierte betonte, daß alle Konferenzteilnehmer die Abwesenheit Deutschlands zur Konferenz bedauern müßten. Die baldige Rückkehr Deutschlands zur Konferenz sei wünschenswert. Wenn das Büro im Laufe seiner heutigen Beratung dem Hauptauschuss der Konferenz wirklich konkrete Maßnahmen für eine durchgreifende Abrüstung vorschlagen könne, so bestünde die große Aussicht, daß Deutschland wieder zur Abrüstungskonferenz zurückkehre. Das verschwundene Vertrauen werde nicht wieder kommen, wenn man sich nur mit geringfügigen Dingen beschäftige und immer wieder neue Komitees einsetze. Man müsse sich jetzt endlich auf große Fragen konzentrieren. — Die anschließende Debatte trug einen rein technischen Charakter. Es zeigte sich, daß unter den Mitgliedern des Büros erhebliche Meinungsverschiedenheiten über den einschlägigen Weg bestehen. Der französische Kriegsminister Paul Boncour warnte vor einer Zurechtweisung der verschiedenen Fragen an die technischen Komitees. Es habe sich gezeigt, daß eine Einigung zwischen technischen Sachverständigen nur sehr schwer zu erreichen sei. In einem politischen Gremium, wie es das Büro der Konferenz darstelle, sei dies eher möglich. Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

### Warum kam Herriot nach Genf?

Genf, 21. Sept. Der französische Ministerpräsident Herriot hat heute abend Genf wieder verlassen. In den Wandelgängen des Abrüstungsgebäudes wurde heute lebhaft darüber diskutiert, zu welchem Zweck Herriot nach Genf gekommen ist. Aus französischen Kreisen verlautet, Herriot sei gekommen, um zur Stelle zu sein, wenn in der Eröffnungsitzung des Büros eventuell politische Fragen erörtert würden. Dies ist bekanntlich nicht geschehen. Von anderer Seite verlautet, daß Herriot die Absicht gehabt hätte, mit dem amerikanischen Hauptdelegierten Gibson sich zu unterhalten. Auch diese Motivierung klingt nicht sehr wahrscheinlich, da bekannt war, daß Gibson wegen einer Unfähigkeit vorläufig noch in Brüssel zurückgehalten ist. Henderson soll, wie verlautet, die Absicht haben, Ende des Monats für einige Zeit Genf zu verlassen.

### Das Eingreifen Hoovers

Washington, 21. Sept. Die gestrige Erklärung Hoovers zur deutschen Abrüstungsfrage hat in der amerikanischen Öffentlichkeit außerordentliches Interesse hervorgerufen. Obwohl die Erklärung des Präsidenten lediglich an die breite Öffentlichkeit gerichtet und nicht von einer diplomatischen Aktion — sei es hier oder durch die amerikanische Botschaft in Berlin — begleitet war, obwohl man daher also von einem formellen Appell an die Reichsregierung nicht sprechen

kann, wird doch in der amerikanischen Presse diese biblische Rundgebung Hoovers als ein „Appell an Deutschland“ bezeichnet. In den Zeitungen wird überwiegend betont, Hoover habe Deutschland darüber aufklären wollen, daß die von Paris ausgehenden Gerüchte über eine französisch-amerikanische Einheitsfront gegen Deutschlands Standpunkt in der Abrüstungsfrage vollkommen unbegründet seien, daß Amerika vielmehr an

dem Entwaffnungsakt des Versailler Vertrages kein Interesse habe. Es wird ferner hervorgehoben, daß Hoover, dem seit seinem Regierungsantritt die Förderung der Weltabrüstung das höchste und innigst erwünschte Ziel seiner Außenpolitik sei, Deutschland zur weiteren Mitarbeit brauche, in der festen und von ganz Amerika geteilten Überzeugung, daß weder der Weltfrieden noch Deutschlands eigene Interessen gefördert werden könnten, wenn Deutschland sich von den Verhandlungen fernhalte.

## Italien fordert Arbeitszeitverkürzung

### Deutschland stimmt zu

Genf, 21. Sept. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes ist heute nachmittags zu einer zweitägigen Sonder Sitzung zusammengetreten, um zu dem Antrag der italienischen Regierung über die Herabsetzung der Arbeitszeit in der Industrie auf dem Wege internationaler Vereinbarungen Stellung zu nehmen. Der italienische Vertreter, Senator de Michelis, machte den Vorschlag, daß Ende dieses Jahres in Genf eine technische Konferenz zur Prüfung der Frage stattfinden solle. Nach Ansicht der italienischen Regierung dürfe mit der Herabsetzung der Arbeitszeit eine Kürzung des Einkommens der Arbeiter nicht verbunden werden. Der französische Regierungsveterinär stimmte dem Antrag zu, ebenso der deutsche Regierungsveterinär. Staatssekretär Dr. Grieser, der erklärte, die deutsche Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß in der jetzt-

gen Zeit der Depression die Arbeitszeitverkürzung ein geeignetes Mittel sei, um Arbeit zu schaffen. Der italienische Vorschlag stünde auch mit den wirtschaftspolitischen Gebanten der deutschen Regierung im Einklang, deren jüngstes Programm darauf ausging, aus Arbeitslosenunterstützungsempfängern wieder Lohnempfänger zu machen. Die italienische Regierung habe mit ihrem Antrag einen Mut bekannt, für den man ihr Anerkennung schuldig sei. Im weiteren Verlauf der Beratungen sprach sich die Arbeitsnehmer geschlossen für den italienischen Vorschlag aus. Die Arbeitgeber gaben eine vorsichtige Erklärung ab, in der eine weitere Prüfung der Frage verlangt wird. Eine gesonderte Erklärung gab der italienische Arbeitgeberverband ab, der dem Antrag seiner Regierung zustimmte. Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

### Veränderung des Privatdiskontes

Berlin, 21. September. Der Privatdiskont ist um ein Viertel Prozent auf 3 haben Viertel Prozent in der Mitte ermäßigt worden.

### Rundfunkrede des Reichskongress für die Winterhilfe

Berlin, 22. September. Reichkanzler von Papen wird heute abend um 7 Uhr über alle deutschen Sender als Gast zur Winterhilfe eine Ansprache unter dem Thema „Wir wollen helfen“ halten.

## Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn

Berlin, 21. September. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft, der sich am 19. und 20. September in der Hauptstadt mit der Beteiligung der Reichsbahn am Programm der Reichsregierung beschäftigte, beschloß, über die bisher vorgesehenen Mittel hinaus etwa 180 Millionen RM. für weitere Beschaffungen und Arbeiten zu verwenden, die der Reichsbahn aus den Guthabern für die Beförderungssteuer zuzulehen. Um diese Mittel schon jetzt flüssig zu machen, ist eine Vorfinanzierung der Steuer Guthabene in Aussicht genommen, der der Verwaltungsrat zustimmte.

Darüber hinaus beauftragt der Verwaltungsrat den Generaldirektor die Verhandlungen über die Beschaffung weiterer Mittel in Höhe von 100 Millionen RM. zur Erhöhung des außerordentlichen Beschaffungsprogramms auf 280 Mill. RM. beschleunigt fortzusetzen.

Das zusätzliche Arbeitsbeschaffungsprogramm gibt neben der Mehrarbeit bei den Lieferanten allein bei der Reichsbahn selbst 24 000 Mann Arbeit. Außerdem können durch Einlegen von Feierschichten bei der Bahnunterhaltung mindestens weitere 6000 Mann in Beschäftigung bleiben.

### Die Arbeitsmarktlage im Reich

Berlin, 21. September. Nach dem Bericht der Reichsanstalt betrug die Zahl der bei den Betriebsämtern gemeldeten Arbeitslosen am 15. September rund 5 261 000, lag also nicht wesentlich über der Zahl vom 31. August. In einzelnen wichtigen Berufsgruppen fand eine Entlastung, in anderen eine Neubelastung des Arbeitsmarktes statt, beides überwiegend aus jahreszeitlichen Ursachen. In der Arbeitslosenversicherung wurden am 15. September rund 659 000 (gegen 697 000 Ende August), in der Arbeitslosenversicherung rund 1 280 000 (gegen 1 296 000 Ende August) Hauptunterstützungsempfänger betreut. Die Zahl derjenigen Arbeitslosen, die bei Notstandsarbeiten beschäftigt

waren, belief sich Ende August auf 65 000 Personen. Im freiwilligen Arbeitsdienst waren Ende August rund 144 000 Arbeitsdienstwillige beschäftigt. Die Zahl der Wohlfahrts-erwerblosen kann für Mitte September noch nicht geschätzt werden. Für Ende August steht sie nunmehr mit 2 080 000 fest.

## Auf dem Rückzug

### Der Streit in Preußen

Berlin, 21. Sept. Das Interesse an den Tagungen des Preussischen Landtages hat in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit erheblich zugenommen. Zu Beginn der Sitzung ergriff sofort der nationalsozialistische Abgeordnete Hinke das Wort, um sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen, die gestern und heute das politische Interesse am stärksten in Anspruch genommen hat: mit der scharfen Stellungnahme des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers bezw. Reichskommissars von Papen gegen den seinerzeit von den Kommunisten und Nationalsozialisten gefassten Beschluß, daß kein Beamter verpflichtet sei, den auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli (Einsetzung des Reichskommissars für Preußen) erlassenen Dienstverweisungen nachzukommen. Die Regierung hat, wie schon gemeldet wurde, die Aufhebung dieses Beschlusses verlangt. Die Nationalsozialisten haben sich nun entschlossen, einzulenken, und daher gab der Abgeordnete Hinke folgende Erklärung ab:

„Angeichts der Erklärung der Presse des Herrschafts- und des Reichskanzlers von Papen bezüglich der Auffassung der nationalsozialistischen preussischen Landtagsfraktion den Rechten und Pflichten der Beamten dem Reichskommissar in Preußen gegenüber erklärt die Fraktion folgendes: Die Fraktion hat am 30. August dem kommunistischen Antrag zugestimmt, da am gleichen Tage auf Anordnung der sozialistischen preussischen Regierung sämtliche Ministerialbeamten im Gegensatz zu den Gepflogenheiten der früheren Regierung und im Gegensatz zu den Rechten der Volksvertretung verboten wurde, die Räume des Landtages überhaupt zu betreten und ihrer pflichtgemäßen Berichterstattung der Volksvertretung gegenüber nachzukommen.“

Diese Ausführungen des Redners wurden von lärmenden Zurufen, wie „Umfall“, „Nacktaug usw.“ vor vor allem aus dem kommunistischen Sektor begleitet. Die Zurufe hielten an, als Hinke fortfuhr: „In den letzten drei Wochen hat die preussische Regierung — noch unter dem Druck dieser Entscheidung — sich bemüht, weitere Verfassungsveränderungen gegenüber dem Volks-